

Kurzfassung der Studie

Wie geht es den Menschen im Bürgergeldbezug?

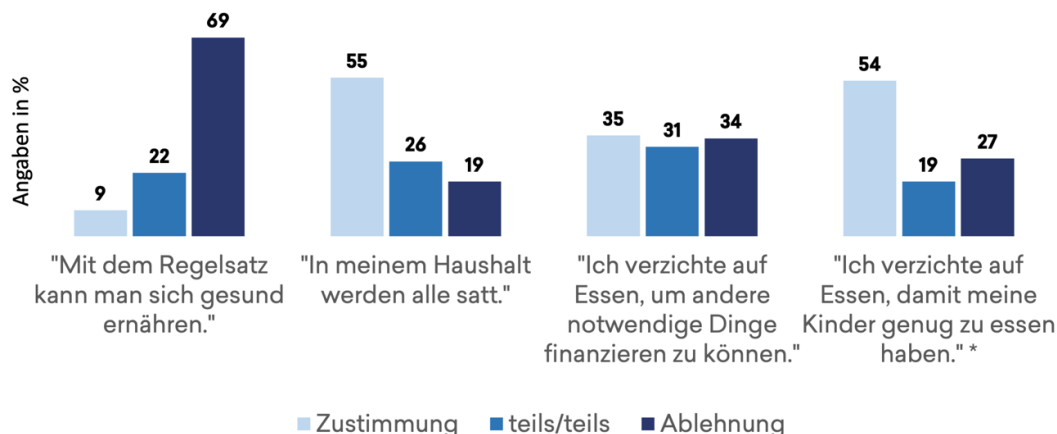
Ein Stimmungsbild nach zwei Jahren Bürgergeld

Autorin: Gesine Höltmann¹

Zwei Jahre nach Einführung des Bürgergeldes macht die Umfrage die Lebensumstände von Bürgergeldbeziehenden sichtbar und lässt sie selbst zu Wort kommen. Im Zeitraum vom 8. - 28. April 2025 wurden 1.014 Bürgergeldempfänger*innen zwischen 18 und 67 Jahren zu drei Themenbereichen befragt: 1) Auskommen mit dem Regelsatz, 2) Arbeitssuche und der Kontakt zum Jobcenter und 3) Beziehung zur Gesellschaft. Die Daten wurden vom Umfrageinstitut Verian (ehemals Kantar Public) über das Payback Online-Access-Panel erhoben. Durch eine abschließende soziodemografische Gewichtung auf Basis der amtlichen Statistiken sind die Daten geeignet, um Aussagen über die Grundgesamtheit der Bürgergeldbeziehenden in Deutschland zu treffen.²

1: Der Regelsatz von monatlich 563 € reicht laut großer Mehrheit der Befragten (72 %) nicht aus, um ein würdevolles Leben zu führen. Selbst Grundbedürfnisse werden nicht ausreichend erfüllt: Nur 9 % halten eine gesunde Ernährung mit dem Regelsatz für möglich und nur jede*r zweite Befragte gibt an, dass in ihrem Haushalt alle satt werden. Ein Drittel verzichtet auf Essen, um andere Bedürfnisse erfüllen zu können; insbesondere Eltern verzichten auf Essen zu Gunsten ihrer Kinder (54 %). Viele der Befragten berichten von einem Leben am Limit: Sonderausgaben wie eine Stromnachzahlung oder eine kaputte Waschmaschine stellen substantielle Einschnitte dar. Ein knappes Drittel muss sich verschulden, um den Alltag bewältigen zu können und 77 % empfinden ihre finanzielle Lage als psychisch belastend.

Abbildung 1: Ernährung mit dem Regelsatz



*Für das letzte Item wurde nur die Grundgesamtheit der Befragten mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt herangezogen (n=290). Frage: Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Skala: 1: Stimme überhaupt nicht zu bis 5: Stimme vollkommen zu. Quelle: Sanktionsfrei 2025

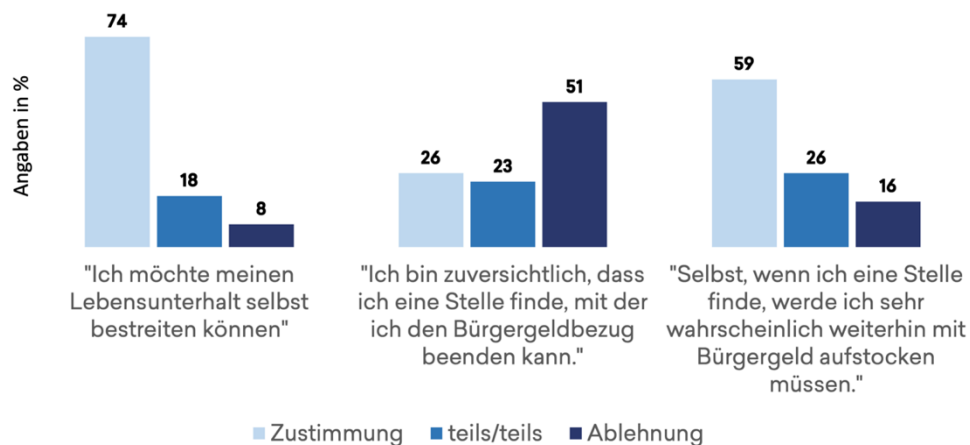
¹ Wissenschaftliche Mitarbeiterin Sanktionsfrei & Gastwissenschaftlerin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

² Weitere methodische Hinweise, eine Beschreibung der Stichprobe sowie Fragestellungen finden sich in der Langfassung der Studie: www.sanktionsfrei.de/studie25

→ Die Ergebnisse der Umfrage zeichnen ein Bild von materiellem Verzicht, finanzieller Unsicherheit und psychischer Belastung. Es wird deutlich, dass ein großer Teil der Bürgergeldbeziehenden ihre Grundbedürfnisse mit dem Regelsatz kaum decken kann. Dies sollte bei der Festlegung sowie bei den Regeln der Fortschreibung des Existenzminimums berücksichtigt werden.

2: Der Wunsch vom Bürgergeld unabhängig zu werden ist stark ausgeprägt (74 %). Jedoch sind nur Wenige zuversichtlich, dass sie auch eine Stelle finden werden, mit der sie den Bürgergeldbezug beenden können (26 %). Die Mehrheit der Befragten gibt an, dass körperliche Einschränkungen (59 %) oder psychische Erkrankungen (57 %) für sie eine Hürde bei der Arbeitssuche darstellen. Aber auch strukturelle Hürden wie regionale und Qualifizierungs-Mismatches werden deutlich. Darüber hinaus werden die Jobcenter bei der Arbeitssuche nur als bedingt hilfreich wahrgenommen. Deutlich wird jedoch, dass viele Leistungsbeziehende sich bessere Unterstützung bei der Beseitigung ihrer Vermittlungshemmnisse wünschen, und sofern dies nicht möglich ist, auch Arbeitsstellen, die mit diesen Hemmnissen vereinbar sind.

Abbildung 2: Unabhängigkeit vom Bürgergeld & Erwartungen bei der Jobsuche

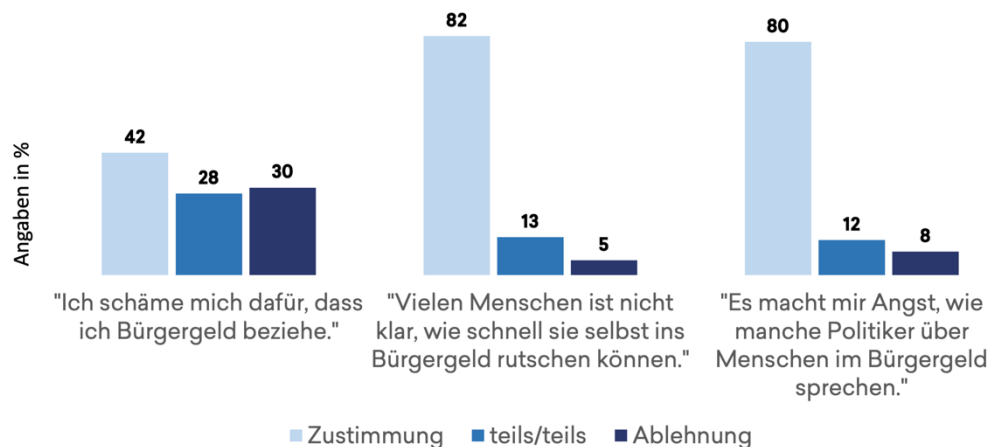


Frage: Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Skala: 1: Stimme überhaupt nicht zu bis 5: Stimme vollkommen zu. Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt. Quelle: Sanktionsfrei 2025

→ Die geringe Hoffnung auf bedarfsdeckende Arbeit lässt aufhorchen. Statt den Fokus stets auf mangelnde Arbeitsbereitschaft zu richten, stellt sich die Frage, inwiefern es für Personen im Bürgergeld tatsächlich ausreichend bedarfsdeckende Stellen gibt; wie realistisch es für die meisten Bürgergeldbeziehenden ist, den Leistungsbezug verlassen zu können; und welche Art der Unterstützung sie dabei bräuchten.

3: Gesellschaftliches Stigma und Scham sind unter den Befragten sehr präsent. Nur 12 % fühlen sich zur Gesellschaft zugehörig und 42 % geben an, dass sie sich schämen, Bürgergeld zu beziehen. Dabei sagt die große Mehrheit, dass vielen Menschen nicht klar sei wie schnell sie selbst ins Bürgergeld rutschen können (82 %). Die Mehrheit der Befragten (72 %) hat Angst vor weiteren Verschärfungen im Bürgergeld: Insbesondere die mögliche Wiedereinführung eines vollständigen Leistungsentzugs wird von den Befragten als akut existenzgefährdend beschrieben.

Abbildung 3: Scham & Stigma



Frage: Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Skala: 1: Stimme überhaupt nicht zu bis 5: Stimme vollkommen zu. Quelle: Sanktionsfrei 2025

→ Die Daten lassen erahnen, welche Spuren der derzeitige Diskurs über die Grundsicherung für Arbeitsuchende bei Bürgergeldbeziehenden hinterlässt. Gefühle von Scham und Stigmatisierung sowie ein schwaches gesellschaftliches Zugehörigkeitsgefühl stehen in starkem Widerspruch zu der eigentlichen Funktion der Grundsicherung für Arbeitsuchende – nämlich als soziales Sicherungsnetz für die Gesellschaft als Ganzes. Bei der (Neu-)gestaltung der Grundsicherung sollten auch die Erfahrungen und Bedürfnisse der Bürgergeldbeziehenden selbst stärker gehört und berücksichtigt werden.

Über Sanktionsfrei e.V.

Der gemeinnützige Verein Sanktionsfrei setzt sich seit 2015 für eine menschenwürdige Grundsicherung ein. Mit juristischer und finanzieller Unterstützung sowie durch Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Erwerbslosigkeit und Armut unterstützt der Verein die Belange von Personen in Bürgergeld und Grundsicherung. www.sanktionsfrei.de